



»Wenn ein Kernkraftwerk schlechtes Wetter macht« Klimaschutz als Argument in der Auseinandersetzung um das geplante AKW in Wyhl

Zu Beginn der 1970er Jahre veränderte sich weltweit, aber insbesondere in der Bundesrepublik die Wahrnehmung von Natur und Umweltschutz. Genau genommen nahmen die Begriffe *Umwelt* bzw. *Umweltschutz* erst jetzt die Bedeutung an, die wir heute kennen. Schon in den Jahren zuvor hatte es eine Verschiebung gegeben: *Die vormals diskutierten Verschuldungsprobleme waren stets lokal begrenzt gewesen, man hatte sie zumeist sinnlich wahrnehmen können, und der zeitliche Rahmen, in dem Schädigungen eintrafen, war überschaubar. Die neuen Gefahren waren hingegen geographisch, zeitlich und sensorisch entgrenzt. Was bislang primär ein Problem einzelner Regionen [...] gewesen war, erschien nun als eine fundamentale Herausforderung, der jeder Bewohner der westlichen Welt ausgesetzt war.* (Uekötter, S. 108f.)

In der Bundesrepublik stellte die Atomkraft den ökologischen Streitfall schlechthin dar, der die Umweltbewegung tief prägte. Frank Uekötter betont in seinem Überblick über die Entwicklung des Natur- und Umweltschutzes in Deutschland das Überraschende dieses Konflikts, denn in den 1960er Jahren hätten sich all diejenigen, die sich für einigermaßen fortschrittlich hielten, für das *friedliche Atom* ausgesprochen. Gab es auch zuvor vereinzelt Proteste gegen den Bau von Atomkraftwerken, so wurde der Kampf gegen ein Atomkraftwerk am

Rande des Kaiserstuhls ein *Fanal* für die Antiatomkraftbewegung der alten Bundesrepublik (Uekötter, S. 128). Das Motto *Nai hämmer gsait! Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo* (M 1) verdeutlicht, dass ein zunächst lokal begrenztes Problem den Protest gegen Atomkraft befeuerte und zu einem grundsätzlichen Anliegen machte. Dieses erreichte zudem durch eine rege Medienberichterstattung breite Aufmerksamkeit in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit.

Unter dem Titel *Wenn ein Kernkraftwerk schlechtes Wetter macht* warf der Wissenschaftsjournalist Kurt Rudzinski am 5. Oktober 1974 die Frage auf, warum gegen den von der Landesregierung als Zukunftsprojekt propagierten Bau eines AKWs in Wyhl nicht nur oberrheinische Bauern und Winzer protestierten (M 2). Das Augenmerk legte er hierbei nicht auf die einschneidenden Veränderungen der Landschaft, nicht auf die Gefahren der Radioaktivität, nicht auf grundsätzliche Fragen politischer Partizipation, sondern auf das Wetter, genauer auf die zu erwartende Veränderung des Mikroklimas durch den alltäglichen, regulären Betrieb des AKWs:

Ganz anders sieht es mit der Wetterverschlechterung aus. Sie ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, auch wenn das offizielle meteorologische Gutachten speziell auf das Hauptrisiko, die Verschlechterung durch Nebelbildung, nicht ernsthaft eingeht. Sie hängt mit

der Kraftwerkskühlung zusammen. Ein Gutachten, das die »Initiativgruppe Atomkraftwerk Wyhl e. V.« anfertigen ließ, untersucht diese Fragen überaus gründlich und speziell auf den Standort und dessen besondere Wetterverhältnisse bezogen. Genaue Wetterbeobachtungen gibt es dort erst seit Ende des vorigen Jahres. Um wirklich verlässliche Aussagen über den lokalen Witterungscharakter machen zu können, braucht man aber mindestens drei bis fünfjährige Beobachtungsreihen. So muß man vor allem auf die langfristigen Wetterdaten von Stationen in der näheren Umgebung zurückgreifen. Sie aber zeigen eindeutig, daß gerade das Gebiet nördlich des Kaiserstuhls ein Kältebecken ist, das sich gegenüber diesem selbst und den Randgebieten der Oberrheinebene durch niedrige Durchschnittstemperaturen, höhere Luftfeuchtigkeit, mehr Nebeltage und längere Nebeldauer besonders in den Herbst- und Wintermonaten auszeichnet. Die Nebel in den Rheinauen lösen sich am Vormittag später auf, und sie fallen früher wieder nieder als in der Umgebung. Das Ergebnis ist ein erhebliches Sonnendefizit, und das vor allem im September und Oktober, in der Zeit, in der Obst und Wein ihre volle Reife erhalten sollen.



M 1

M 1 Plakat: »Nai hämmer gsait! Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo«, Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, entworfen von Hubert Hoffmann, 1975.

Vorlage:
Archiv Soziale Bewegungen
Freiburg, Dokument 7218

M 2 Artikel »Wenn ein Kernkraftwerk schlechtes Wetter macht« von Kurt Rudzinski, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Oktober 1974.

Vorlage:
Archiv Soziale Bewegungen
Freiburg, Dokument 1392

M 2

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

D 2954 A

Samstag, 5. Oktober 1974 Nr. 231 D Herausgegeben von Bruno Dechamps, Jürgen Eick, Fritz Ullrich Fack, Joachim Fest, Johann Georg Reißmüller, Erich Welter 1 DM | 2,00 FF | 15,00 Mz | 1,16 Nfl | 9,00 Sfr | 7,50 Dhs | 0,17 £ | 127,00 Pts | 300 IZH | 2,30 sfr | 12,00 Esc

Wenn ein Kernkraftwerk schlechtes Wetter macht

Warum gegen das Projekt Wyhl am Kaiserstuhl nicht nur die oberrheinischen Bauern und Winzer protestieren · Von Kurt Rudzinski

Warum ist es nötig, daß Bürger sich zusammenschließen, Protestaktionen und Sternmärsche veranstalten, erbitterte Aufrufe erlassen gegen Beschlüsse, die von einer hohen Obrigkeit doch nur zum allgemeinen Wohl gefaßt wurden? Haben solche Bürgeraktionen rechtlich Bedeutung oder nur politische oder gar keine? Können sich in einer Demokratie Obrigkeiten über Proteste hinwegsetzen, mit denen die große Mehrheit der betroffenen Bevölkerung kundtut, daß sie gänzlich anderer Meinung ist als die Behörde? Darf eine Landesbehörde Maßnahmen beschließen, mit denen eine einzigartige Naturlandschaft, die schließlich allen Deutschen gehört, zerstört wird? Wie schon manche Bürgerinitiative stellt auch die gegen das Großkraftwerk bei Wyhl am Kaiserstuhl in der Oberrheinebene diese Fragen. Und noch ist es völlig ungewiß, ob sie Erfolg haben wird.

Deutschland braucht immer mehr Strom; alle zehn Jahre verdoppelt sich der Bedarf — jedenfalls war es bisher so, und die Energiewirtschaftler nehmen an, daß es auch in den nächsten Jahrzehnten so bleiben wird, was allerdings nicht zutreffen muß. Immerhin planen die Länderregierungen und mit ihnen die Stromversorgungsunternehmen rechtzeitig für den kommenden Bedarf. Das Wirtschaftsministerium von Baden-Württemberg hat in am Kernkraftwerk interessiert, weil am dortigen Vollrhein nach einem gemeinsamen Flächennutzungsplan der Gemeinden Sasbach, Wyhl und Königshausen aus den sechziger Jahren ein Industriegebiet von 140 bis 160 Hektar Fläche ausgewiesen ist.

Das Kraftwerksgelände liegt gänzlich in der Rheinauenwald-Zone, die unter Landschaftsschutz steht und für die das Verfahren zur Sicherstellung als Naturschutzgebiet eingeleitet ist.

deutschen Seite kein Großkraftwerk errichtet werde, dies auf der französischen Seite geschähe.

Es wird jedoch andererseits gesagt, daß Frankreich, abgesehen von seinem Kernkraftwerk Fessenheim, etwa 30 Kilometer oberhalb von Wyhl, keine weitere Großkraftwerkinteressen am Rhein habe. Zudem bietet sich bei Wyhl an der nächsten Vollrheinpartie ein weiterer land- und landwirtschaftlich unbedenklicher Standort.

Jedenfalls ist die erste Tranche des Markolsheimer Industriegebiets bereits ausgebaut, auch einige kleinere Firmen sind angesiedelt. Gegen einen neuen, großen Betrieb, nämlich die Errichtung eines Bleiverarbeitenden Werkes durch ein Münchener Chemieunternehmen, das dafür in Deutschland keine Genehmigung erhält, hat sich auch auf elsässischer Seite stürmischer Protest der Bevölkerung erhoben — wegen der befürchteten Bleiverseuchung der Umgebung. Es ist das erste Mal, daß Bürgerinitiativen zweier Länder gemeinschaftlich gegen umweltgefährdende Industriebetriebe beiderseits der Landesgrenzen protestieren: gegen das Großkraftwerk und gegen den „Bleibetrieb“.

information

Warum weder in Wyhl, noch in Breisach, ein Atomkraftwerk gebaut werden darf:

Bürger, Winzer und Landwirte unserer Heimat!

Noch immer beabsichtigt die Kernkraftwerk-Süd-GmbH in unserer Heimat ein Atomkraftwerk von unverantwortlicher Größenordnung (4 x 1300 Millionen Watt) zu erstellen. Unser Leben und unsere Existenz wird durch dieses gigantische Wahnsinnsprojekt aufs äußerste bedroht.

Sie müssen wissen, daß:

- durch eine radioaktiv- und abgasgeschwängerte Nebel- und Dampfglocke unser Kleinklima und damit der Reifeprozess unserer Sonderkulturen (Wein, Getreide, Tabak, Mais etc.) aufs äußerste beeinträchtigt wird. Besonders Asthmatiker, Bronchialkranke, Wetterempfindliche, Herz- und Kreislaufgeschädigte werden unter den Folgen des Kühlturbetriebes erheblich zu leiden haben.
- Der Standort Wyhl ist nach Aussagen von Fachleuten in der Oberrheinebene meteorologisch genauso absurd und ungeeignet, wie der Standort Breisach. Da man auf Grund jüngster meteorologischer Erkenntnisse in den Monaten August, September, Oktober bei uns am Kaiserstuhl sogenannte Norddrift haben wird, die den ganzen Kaiserstuhl (auch den südlichen) mit Nebel einhüllt, wird der Sprung vom Qualitätswein zum billigen Tafelwein nicht ausbleiben. Der Werbespruch „Von der Sonne verwöhnt“ wird von der Konkurrenz zwangsläufig in „Von Radioaktivität verseucht“ umgewandelt werden. Schon in zwanzig Kilometer Entfernung macht der Käufer keinen Unterschied zwischen nördlichem und südlichem Kaiserstuhl.
- Das Nutzungsrecht des Rheinwassers bleibt nach dem Versailler Vertrag ausschließlich Frankreich vorbehalten, d. h. man dürfte zu Kühlzwecken dem Rhein Wasser entnehmen, dasselbe aber nach Erwärmung nicht mehr dem Fluß zurückführen. Für Wyhl bedeutet das, daß der erste und zweite Block (danach auch der dritte und vierte) nahezu das ganze Jahr voll auf Kühlturbetrieb gefahren werden muß.
- Es war bisher nicht bekannt, daß nach dem Sicherheitsbericht dem Grundwasser täglich max. 9600000 Liter für den Nutzwasserbedarf des Atomkraftwerkbetriebes entnommen werden. Diese für uns alarmierende Zahl bedeutet ein verhängnisvolles Absinken des Grundwassers in der ganzen Gegend.
- Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß durch den Bau eines Atomkraftwerkes in unserer Region der Untergang der Landwirtschaft und die totale Versteppung der Landschaft als sicher angesehen werden muß.
- Im Gefolge des Kernkraftwerkes wird sich bei uns die Schwer- und Schmutzindustrie (Petrochemie, Raffinerien und Aluminiumindustrie) ansiedeln. Laut einem vorliegenden Plan des Sicherheitsberichtes sind jetzt schon zwischen Wyhl und Sasbach 500 ha Industriegelände vorgesehen.
- Spätestens dann, wenn man sie ihrer derzeitigen Existenzgrundlage beraubt hat, wird man die heutigen Winzer und Bauern als ungelernete, schlecht bezahlte Arbeitskräfte in die Schwer- und Schmutzindustrie unterordnen.

Unsere Heimat ist vom Klima und vom Boden her ein gesegnetes Gebiet. Durch ein Atomkraftwerk haben wir gar nichts zu gewinnen, sondern eher alles zu verlieren. Deshalb: „Nein“ zum Atomkraftwerk in Wyhl oder Breisach.

Initiativgruppe Atomkraftwerk Wyhl e. V.
Bürgerinitiativgruppe Weisweil
Initiativgruppe Endingen
Initiativgruppe Forchheim
Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Kernkraftwerke e. V. Freiburg

Im Folgenden soll ein knapper Überblick über die Geschichte des erfolgreichen Widerstands gegen den Bau des Atomkraftwerks am nördlichen Rand des Kaiserstuhls gegeben werden. Ein Schwerpunkt soll hierbei in Hinblick auf die Behandlung im Unterricht auf die Organisation politischer Kommunikation gelegt werden, da – wie auch im obigen Zitat deutlich wird – der Kraft des Arguments bzw. von gut recherchierten Informationen große Bedeutung bei der Mobilisation lokaler, regionaler und überregionaler Unterstützer zukommt.

Ablauf des Protests

Die Landesregierung Baden-Württembergs hatte in Verbindung mit der französischen Regierung und der Bundesregierung Großes am Oberrhein vor. Die Kernenergie sollte die Möglichkeit bieten, die wirtschaftliche Zukunft des Bundeslandes, das nicht über eigene Kohlevorkommen verfügte, voranzutreiben. Der Oberrhein sollte zwischen Mannheim und Basel industrialisiert werden, das Rheintal eine deutsch-französische und in die EWG eingebundene Wirtschaftsachse bilden.

Rückt nämlich die EWG noch näher zusammen [...] so wird das Rheintal zwischen Frankfurt und Basel die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für den Umweltschutz ist, muss bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene soll für gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen »Wohnen« und »Erholung« usw. in der Vorbergzone und in den Seitentälern des Rheintals angesiedelt werden sollten. (Staatsanzeiger Baden-Württemberg 76 (1972), zitiert nach: Löser, S. 106)

Ursprünglich war der Standort des projektierten AKWs des Stromversorgers Badenwerk in der Nähe der Stadt Breisach geplant. Ab Sommer 1972 regte sich jedoch ein breiter Protest, kanalisiert durch verschiedene

Bürgerinitiativen, der schließlich dazu führte, dass Landesregierung und Badenwerk nach Alternativen suchten. Spätestens im Juli 1973 wurde bekannt, dass mit dem Rheinauewald bei Wyhl ein neuer Standort gefunden wurde. Der Anstoß für diese Entscheidung war aus kommunaler Initiative erfolgt: Der Wyhler Bürgermeister Zimmer war während der Auseinandersetzung um Breisach aktiv geworden, um seine strukturschwache Gemeinde in Stuttgart ins Spiel zu bringen.

Der Protest regte und organisierte sich sofort, v. a. bei den Nachbargemeinden Wyhls, die sich später sogar an den juristischen Klagen gegen das Kraftwerk beteiligten. In Wyhl selbst stieß das Kraftwerk allerdings keineswegs auf einhellige Ablehnung, da man auf Arbeitsplätze und eine Verbesserung der Struktur (Hallenbad, Vereine, Heime, Straßen) hoffte. Die Befürworter organisierten sich und vertraten ihren Standpunkt vehement in der Öffentlichkeit. Während viele Wyhler auf eine Verbesserung ihrer Existenz hofften, fürchteten viele Fischer, Obst- und Tabakbauern und v. a. Winzer des Kaiserstuhls um ihre wirtschaftliche Existenz, aber auch um ihre Heimat (Engels 2003). Die Winzer des Kaiserstuhls hatten mit Unterstützung der Landesregierung massiv in die sogenannten Rebumlegungen investiert. Weite Teile des Kaiserstuhls waren terrassiert worden, um die Weinberge maschinentauglich zu machen. Die Winzer waren schon im Zuge der Diskussion um den Breisacher Standort, nicht zuletzt durch Freiburger Umweltgruppen, darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Bau des zu diesem Zeitpunkt weltweit größten AKWs (mit 1.360 Megawatt) eine erhebliche Bedrohung für den Weinbau in der Region darstellte. Im Zentrum der Befürchtungen standen zunächst weniger der Reaktor und die radioaktive Kontamination, sondern die Auswirkungen der beiden geplanten Kühltürme auf das Mikroklima der Region. Die gewaltigen Mengen Wasserdampf aus den 160 Meter hohen Kühltürmen mit ihren rund 80 Meter großen Öffnungen würden die ohnehin hohe Luftfeuchtigkeit massiv ansteigen lassen (zum Vergleich: Der Westturm des Freiburger Münsters ist 116 Meter hoch). Die dadurch verstärkte Nebelbildung würde die für den Weinbau wichtige Sonneneinstrahlung erheblich reduzieren. Schätzungen gingen von etwa 120.000 Tonnen Wasser aus, die täglich durch den Normalbetrieb des AKWs an die Atmosphäre abgegeben würden, das entspräche laut Rudzinski ungefähr der Men-

ge, die der halbe Bodensee abgibt (siehe auch M 2).

Bei der Organisation des Widerstands konnten die Bürgerinitiativen auf Erfahrungen des erfolgreichen Protests gegen das Vorhaben in Breisach zurückgreifen, aber auch andere Protestaktionen am Oberrhein, wie gegen die AKWs in Kaiseraugst (Schweiz) oder Fessenheim (Frankreich) oder gegen ein Bleichemiewerk im elsässischen Marckolsheim. Die transnationale Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen, wie sie auch in dem *Internationalen Komitee der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen* ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hat, ist von zentraler Bedeutung, nicht nur für das Selbstverständnis der damaligen Akteure. Engels betont (S. 111), dass die Strategie darin bestanden habe, das Problem zu einem allgemein diskutierten Thema zu machen. Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger im Umkreis des Kaiserstuhls über die Nachteile und Gefahren der Nuklearenergie zu informieren und zur politischen Mitarbeit zu veranlassen (M 3, M 4).

Die zunächst ungeschickten und autoritär wirkenden politischen Reaktionen der Landesregierung stellen weitere wichtige Faktoren dar, um die breite Mobilisierung und den Erfolg der Protestbewegung zu erklären. Die Bürgerinitiativen erwarteten durchaus, dass sie die Experten des Badenwerks und der Landesregierung durch gute Argumente umstimmen könnten. Bei den öffentlichen Informationsveranstaltungen und Anhörungen, die für die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren vorgeschrieben waren, brüskierte aber deren Vorgehen die Kritiker. So ließ etwa der Vertreter der Landesregierung bei der Veranstaltung in Wyhl im Juli 1974 die Gegner des Vorhabens nicht zu Wort kommen. Immer wieder wurde der Eindruck erweckt, dass die Experten und Gutachter, die von den Befürwortern herangezogen wurden, nicht gut vorbereitet waren und den Argumenten der Gegner oft nichts Adäquates entgegenzusetzen konnten, was die Zuhörenden weiter verunsicherte. So äußerte sich etwa ein Zeitzeuge (Gladitz, S. 39, Zitat 52): *Da ist das dümmste Vieh aufgewacht und hat sich gesagt: Halt, wir werden ja verdummbetelt.* So führte man gegen den Einwand der Gegner, dass der Bau zu einer Veränderung des Mikroklimas am Kaiserstuhl führen würde, unzureichendes Datenmaterial an. Vor diesem Hintergrund wirkten auch die Versicherungen des Ministerpräsidenten Filbinger in einem Brief von Anfang Januar 1975, der an die Wyhler Haushalte verteilt wurde, nicht vertrauensbildend (M 5). Auch

M 3 Flugblatt »Information. Warum weder in Wyhl, noch in Breisach, ein Atomkraftwerk gebaut werden darf«, Initiativgruppe Atomkraftwerk Wyhl e. V., April 1974.

Vorlage:
Archiv Soziale Bewegungen
Freiburg, Dokument 18038

die Versuche, den Protest als Aktion ortsfremder Radikaler darzustellen, führte – da offensichtlich unzutreffend – zu einer weiteren Skepsis gegenüber den Verlautbarungen der Landesregierung.

Ab 1976 verlagerten sich die Auseinandersetzungen um das AKW Wyhl auf die juristische Ebene – es war der Beginn eines jahrelangen Rechtsstreits. Ein Höhepunkt war der zehntägige Freiburger Wyhl-Prozess im Januar 1977, bei dem 50 Pro-Gutachter und Kernenergiebetreiber sowie drei Kernenergiekritiker dem Gericht vor viel Publikum Rede und Antwort standen. Anfang April 1977 hob das Gericht in Freiburg die Baugenehmigung für das AKW wegen fehlendem Berstschutz auf. 1982 hob der Verwaltungsgerichtshof Mannheim den Baustopp auf, 30.000 Menschen demonstrierten gegen diesen Entscheid. 1983 verkündete Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth dann überraschend, dass das AKW Wyhl vor 1993 nicht benötigt würde und legte das Projekt damit auf Eis, 1994 wurde es offiziell eingestellt.

Politische Kommunikation

Der kurzfristige und langfristige Erfolg des Widerstands gegen das AKW in Wyhl ist verschiedenen Faktoren zuzuschreiben.

Von zentraler Bedeutung ist die soziale Vielfalt der Protestbewegung. In den zunächst 21, dann rund 50 ländlichen und städtischen Bürgerinitiativen, die sich zusammenschlossen und in verschiedenen gemeinsamen Erklärungen an die Öffentlichkeit traten, lassen sich drei Gruppen von Aktiven unterscheiden (nach Löser):

1. die Bauern und Winzer, sowie Handwerker der Region: Sie wendeten sich zunächst v. a. gegen den Standort eines AKWs am Kaiserstuhl, da sie wegen des Kühlturmnebels und der Industrieansiedlung um ihre berufliche Existenz fürchteten. Auffallend ist hierbei das große Engagement von Frauen. Zentral ist weiter der Gedanke, im Kampf gegen das geplante Großprojekt die Heimat zu verteidigen.
2. die Bürgerlichen (Ärzte, Apotheker, Lehrer, Pfarrer, Wissenschaftler etc.) und Arbeiter: Sie verstanden sich v. a. als Umwelt- und Naturschützer. Sie warnten grundsätzlich vor den Gefahren der Atomkraft und wollten die Landschaft am Kaiserstuhl und am Oberrhein erhalten.
3. die Jüngeren (meist Studierende, Schülerinnen und Schüler, Lehrlinge etc.): Sie waren oft eher links eingestellt. Umweltschutz spielte für sie durchaus eine Rolle, aber bestimmend war die Frage politischer

M 4

Klimaveränderung durch Kühlturmfahnen am Kaiserstuhl

ASB-FREIBURG
28.2.1975

Auszug aus Bericht der Kenzinger Zeitung,
Welche Entschädigungs-Vorkehrungen haben die Politiker getroffen, falls unsere Winzer wirtschaftlichen Schaden erleiden? ---
Oder: Was geschieht bei einem noch so kleinen, jedoch möglichen Unglücksfall?

Bei Westwind in der Höhe haben wir am Boden wegen der SW-NO-Richtung des Oberrheingraben SW-Wind: das heißt, daß der Wind pro 100 Meter Höhe eine um jeweils 5 Grad nach Westen gedrehte Richtung annimmt. Da die warmen Dampfmassen auch aufsteigen, bleibt Wyhl daher auch der Raum Herbolzheim - Kenzingen nicht verschont. Wie die Skizze zeigt, werden Herbolzheim und Kenzingen jedoch bezüglich der herbstlichen Schönwetterlagen kaum um die den Nebel durchbrechende Mittagssonne fürchten müssen. Diese Herbstwetterlagen zeichnen sich dadurch aus, daß das Hochdruckgebiet seinen Kern entweder im Westen oder im Osten (bis NO) hat. Das bedeutet aber Nordwind bzw. Ost- bis Südwind.

Letzterer läßt den Raum Ettenheim unberührt, und Nordwind wird nur den Kaiserstühler Reben den Dampf bringen, welcher sich, wegen des im allgemeinen dann sehr schwach wehenden Windes und der Höhenzüge um den ganzen Kaiserstuhl legen könnte.

*** Damit sind die Kaiserstühler Winzer bezüglich des ehemaligen ***
*** Breisacher Standortes des KKW vom Regen in die Traufe ***
*** gekommen. - Kein Wunder, daß die Kaiserstühler sich so ***
*** energisch zur Wehr setzen! ***

A L S O : KEIN KKW AM KAISERSTUHL !!!!!!!

BÜRGERINITIATIVE WEISWEIL e.V., 7831 Weisweil, Hauptstraße 53
Spendenkonto: Bezirkssparkasse Kenzingen Nr. 5399

Partizipation und die Forderung nach mehr Demokratie. Verschiedene K-Gruppen der Freiburger Universität zielten auch auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, fanden dafür aber keine breite Akzeptanz.

Als bemerkenswert erachtet Löser, dass aufgrund eines *gemeinsamen Lernprozesses* trotz verbleibender Unterschiede und Differenzen eine weitgehende Aktionseinheit von Land und Teilen der Stadtbevölkerung erreicht worden sei. Die Bedeutung, die innerhalb der Bewegung dem guten Argument und der seriösen Information zugeschrieben wurde, war groß.

M 4 Flugblatt »Klimaveränderung durch Kühlturmfahnen am Kaiserstuhl« von Bürgerinitiative Weisweil, ohne Datum.

Vorlage:
Archiv Soziale Bewegungen
Freiburg, Dokument 3586

M 5 Schreiben des Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger an die Wyler Bürger vom 9. Januar 1975.

Vorlage:
Archiv Soziale Bewegungen
Freiburg, Dokument 3066 und 3067

DER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 9. Januar 1975

Liebe Wähler Bürger,

übermorgen, am 12. Januar 1975 sind Sie zu einer wichtigen Entscheidung über die Zukunft Ihrer Gemeinde aufgerufen. Aber nicht nur das: Ihre Haltung hat Bedeutung über die Grenzen von Wühl hinaus. Mit Ihrem "Ja" zum Kernkraftwerk leisten Sie einen wichtigen Beitrag für Ihre eigene Zukunft und die Zukunft von Baden-Württemberg.

Die Landesregierung hat sich zum Bau eines Kernkraftwerks in Wühl entschlossen, weil dieses Kraftwerk zur Sicherung der Energieversorgung und damit auch für die Sicherheit der Arbeitsplätze in diesem Land notwendig ist. Ich habe mich in zahlreichen Gesprächen persönlich davon überzeugt, daß dieses Kernkraftwerk sicher und umweltfreundlich ist. Ich darf Ihnen nochmals versichern, daß ich niemals meine Zustimmung zu diesem Kraftwerk gegeben hätte, wenn damit Gefahren für Sie und Ihre Familien verbunden wären. Lassen Sie mich nur ein Beispiel anführen: Immer wieder ist behauptet worden, das Kraftwerk werde dem Weinbau schaden. Das Weinbauinstitut hat nun in einer gründlichen Untersuchung festgestellt, daß dies nicht wahr ist.


- 2 -

M 5

- 2 -

Baden-Württemberg ist ein Land, in dem es sich lohnt, zu leben. Viele von außerhalb beneiden dieses Land wegen seiner landschaftlichen und kulturellen Schönheiten, aber auch wegen seiner starken Wirtschaftskraft und dem Wohlstand seiner Bürger. Wir wollen, daß dies so bleibt. In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit aber erkennen wir, wie wichtig die soziale Sicherung jedes Einzelnen ist. Wir würden unsere großen sozialen Errungenschaften aufs Spiel setzen, wenn wir jetzt nicht Vorsorge für die Zukunft treffen würden. Wir brauchen die Kernenergie für die Zukunft Baden-Württembergs, wir brauchen das Kernkraftwerk Wühl.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Hans Filbinger
Ministerpräsident



M 6 Foto: Demonstration gegen das KW Wyhl in Weisweil von Leo Hortacher, 26. Januar 1975.

Vorlage:
Archiv Soziale Bewegungen
Freiburg, Dokument 17610

M 6

Chronologie

25. August 1974

Gründung des Internationalen Komitees der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen
Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die Bevölkerung

18. Februar 1975

Erste Bauplatzbesetzung

20. Februar 1975

Gewaltsame Räumung des Bauplatzes durch die Polizei
Festnahme von 54 Besetzern

23. Februar 1975

Zweite Bauplatzbesetzung
Ca. 1.000 Menschen bleiben auf dem Platz, bauen Barrikaden und Hütten / Zelte

März 1975

Verwaltungsgericht Freiburg bewirkt einen vorläufigen Baustopp und verfügt, dass das AKW nur mit einem »Berstschutz« gebaut werden dürfe

Januar 1976

Offenburger Vereinbarung: Den Bauplatzbesetzern von Wyhl, die als Vorleistung zuvor den Bauplatz geräumt hatten, wurde zugesichert, dass Strafanträge gegen sie zurückgenommen und weitere Gutachten zur Klimaverträglichkeit beauftragt werden.

1982

Aufhebung des Baustopps durch den Verwaltungsgerichtshof Mannheim

1983

Erklärung der Landesregierung, dass aufgrund veränderter Prognose momentan kein Bedarf für den Bau eines AKW in Wyhl bestehe.

Folgende Strategien der AKW-Gegner lassen sich feststellen: A. Großes Augenmerk wurde auf die Beschaffung und Verbreitung von Informationen gelegt. Die Bandbreite der gewählten Medien / Kommunikationswege war groß, sie reichte von Flugblättern bis hin zu Büchern, von Infoständen bis hin zu Vorträgen und Podiumsdiskussionen. Besonders hervorzuheben ist die Entwicklung eigener oder nahestehender Publikationswege: – *Der Umweltbote*: ein Infoblatt der Bürgerinitiativen, das über 18 Jahre hinweg verteilt wurde

– *Was wir wollen*: eine von eigenen Aktiven hervorgebrachte Zeitung
– *Radio Verte Fessenheim*, aus dem später das *Radio Dreieckland* hervorging
– *Volkshochschule Wyhler Wald*: Sie war aktiv von 1975 bis 1988 mit 80 Vierwochenprogrammen und 600 Veranstaltungen. Dieses wandernde Kommunikations-, Informations- und Kulturzentrum der Bürgerinitiativen bot eine Vielzahl von Themen an: von der kritischen Auseinandersetzung mit der Atomkraft bis hin zur Erörterung von alternativen Energieformen, von der Verhandlung von Umweltproblemen bis hin zu Liederabenden.

Weiter zu nennen sind: B. Demonstrationen und Kundgebungen z. B. Protestfahrten von Traktoren oder Fischerkähnen; C. Unterschriftensammlungen; D. gewaltfreie direkte Aktionen wie Bauplatzbesetzung sowie Sitz- und Straßenblockaden; E. juristische Maßnahmen wie Sammel- und Einzelklagen; F. politische Wahlempfehlungen, mit denen man Einfluss auf die Zusammensetzung der regionalen Gemeinderäte zu gewinnen suchte.

Der erfolgreiche Widerstand gegen das AKW am Kaiserstuhl war prägend für die Entwicklung der Antiatomkraftbewegung, zumindest in der Bundesrepublik, wenn nicht global. Das Bekenntnis zu Gewaltfreiheit, das in Südbaden weitgehend umgesetzt wurde, wirkte aber nicht weiter: In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre erschienen bürgerkriegsähnliche Bilder von den Auseinandersetzungen in Gorleben und Brokdorf auf den Bildschirmen der Republik. Weiter kamen jedoch aus der Auseinandersetzung um Wyhl Anstöße für eine wissenschaftliche, technische und politische Diskussion zur Entwicklung alternativer Energieformen. Ein Beispiel hierfür wäre das Öko-Institut in Freiburg (seit 1977), das sich zur Aufgabe macht, wissenschaftliche Gutachten zu ökologischen Fragen zu erstellen.

Didaktische Analyse

Die Behandlung des Protests gegen den geplanten Bau eines AKWs in Wyhl lässt sich sowohl in der Mittelstufe wie auch in der Oberstufe mit Bezug auf den Bildungsplan 2016 rechtfertigen. Für die Mittelstufe sieht der Bildungsplan vor, dass die Schülerinnen und Schüler die Kompetenz erwerben sollen, *Liberalisierungsprozesse und Emanzipationsbewegungen in der BRD und weltweit in den 1960er- und 1970er-Jahren (zu) charakterisieren und bewerten*, für die Oberstufe gilt es, *Aufbruchversuche in West und Ost zu mehr Bürgerbeteiligung (zu) erläutern*. Als Beispiel werden hier *Neue Soziale Bewegungen* genannt, für die die Wyhler-Bewegung als Prototyp exemplarisch ist. Weiter lassen sich in vielfältiger Weise auch Bezüge zu der fächerübergreifenden Leitperspektive *Bildung für nachhaltige Entwicklung* herstellen, zumal es laut Joachim Radkau nötig ist, der ökologischen Bewegung und damit auch dem jüngsten ökologischen Engagement der Jugendlichen historische Tiefenschärfe zu verleihen. Bei den prozessbezogenen Kompetenzen liegt ein Fokus auf der Reflexionskompetenz.

Für die Gestaltung eines problemorientierten Geschichtsunterrichts bieten sich unterschiedliche Möglichkeiten: Das Foto (M 6) kann gut als Einstieg benutzt werden, da es gleichermaßen Vorwissen aktiviert und Fragen provoziert. Angesichts der unterschiedlichen Akteure bietet es sich an, die Lerngruppen Rollenkarten erarbeiten und eine Podiumsdiskussion durchführen zu lassen.

Weiterführendes Material findet sich bequem auf der CD-ROM des Archivs für Soziale Bewegungen Freiburg und auf der *Zeitreise*, die über die Homepage des Öko-Instituts Freiburg zugänglich ist. Gibt man auf der Recherche-Seite der Universitätsbibliothek Freiburg *Wyhl* und *mp3* an, so erhält man Tondokumente aus der Zeit der Bauplatzbesetzung. Die unten angeführten Aufsätze finden sich auch im Netz. Didaktisch verwendbar ist weiter die SWR2 Wissen-Sendung *Wyhl – Geburtsort der Anti-atomkraftbewegung* (2015), die im Internet verfügbar ist (Stand: 01.03.2020). Auf YouTube findet sich weiter ein Trailer zu *S'Weschpe-Näscht – Die Chronik von Wyhl* – ein Film der Medienwerkstatt Freiburg

(1982). Eine narrative Verdichtung bietet der 2019 erschienene Roman *Kalter Nebel. Widerstand am Kaiserstuhl* von Julia Heinecke.

Literatur

Franz-Josef Brüggemeier:
Schranken der Natur. Essen 2014.

Jens Ivo Engels: Geschichte und Heimat: der Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl. In: Wahrnehmung, Bewusstsein, Identifikation: Umweltprobleme und Umweltschutz als Triebfedern regionaler Entwicklung. Hg. von Kerstin Kretschmer. Freiburg 2003. S. 103–130.

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv: Wyhl, Bauern erzählen; warum Kernkraftwerke schädlich sind; wie man eine Bürgerinitiative macht; und wie man sich dabei verändert. Hg. von Nina Gladitz. Berlin 1976.

Georg Löser: Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. In: Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000. Hg. von Kurt Hochstuhl. Stuttgart 2003. S. 105–156.

Mathias Mutz: Die Volkshochschul' fuer unser Volksgewuhl. Zur Bedeutung der Volkshochschule Wyhler Wald für den Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl. In: Zeitschrift des Breisgau-Geschichtsvereins Schau-ins-Land 124 (2005) S. 203–220.

Nai hanmer g'sait. Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo. Hg. vom Archiv Soziale Bewegungen (Materialien zur Protestgeschichte). Freiburg 2005 (CD-ROM).

Joachim Radkau: Eine kleine Geschichte der deutschen Atomkraftbewegung. In: APUZ 46–47 (2011) S. 7–15.

Frank Uekötter: Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte. Göttingen 2015.

* Götz Distelrath

Götz Distelrath ist Gymnasiallehrer in Müllheim.